



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 20. Januar 2023 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Ihnen und Ihren Liebsten wünsche ich in diesem ersten Newsletter im neuen Jahr alles erdenklich Gute für 2023.

Die Weihnachtszeit und der Jahreswechsel waren für mich in ähnlicher Weise, wie wahrscheinlich für die allermeisten Bürgerinnen und Bürgern mit Reflexion des Vergangenen sowie Überlegungen zu Vorsätzen im Kommen verbunden. Natürlich gab es zahlreiche Momente der Tagespolitik, die Anlass zum Ärgernis über die Ampel-Regierung und ihr in vielen Bereichen der Politik unüberlegtes Handeln boten.

Darüber hinaus kann ich nachvollziehen, dass die allgemeine Stimmungslage in Zeiten von Zeitenwende und multipler Herausforderungen – begleitet von einer Berichterstattung, die atmosphärisch immer im Krisenmodus verbleibt – für viele nicht einfach zu verdauen waren. Den Wunsch, dass sich das Jahr 2022 nicht nahtlos in das neue Jahr hinein fortsetzt, habe ich vielerorts vernommen. Ich glaube allerdings, dass wir auch auf Momente und Ereignisse hinweisen sollten, die im vergangenen Jahr auch Optimismus, Aufbruch und Hoffnung stehen. Wussten Sie, dass in Deutschland bis zum Jahresende des vergangenen Jahres die weltweit meisten Wasserstoffpatente angemeldet und damit

Erfindungen in einem zentralen Zukunftsreich dokumentiert waren? Oder denken Sie an den bemerkenswerten Fortschritt mit dem großen Potenzial, die Energieversorgung der Zukunft weltweit zu revolutionieren.

Indes möchte ich nicht verhehlen, dass ich bereits in den vergangenen 20 Tagen erneut häufige politische Überraschungen erlebt habe, die meisten davon auf Bundesebene eher weniger der positiven Natur.

Bestürzt haben mich die Silvesternacht und die gewalttätigen Proteste in Lützerath. Dass sich Abgeordnete, insbesondere der GRÜNEN, die mit ihrer Zustimmung im Plenum den Kohlekompromiss mittrugen, sich aber vor Ort in Lützerath als Gegner inszenieren, hat mich dann doch erstaunt. Bei dem Ampel-Vorschlag zur Wahlreform stellen sich viele verfassungsrechtliche Fragen.

Das Positivste kann ich der längst überfälligen Neubesetzung des Verteidigungsministeriums abgewinnen. Als Außenpolitiker liegt mir weniger die Frage am Herzen, wer seinen Sohn in Helikoptern fotografiert, sondern wie die Ausübung dieses für die äußere Sicherheit unserer Republik wichtige Amt sachkundig und verständig ausgeübt wird. In diesem Geiste habe ich viele Erwartungen an den Nachfolger und finde auch: Er hat eine faire Chance verdient!

Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Versorgungslage mit Arzneimitteln
- Kampfpanzer für die Ukraine
- Aktuelle Stunde über die Silvesterkrawalle
- Fund von Seltenen Erden in Schweden

Versorgungslage mit Arzneimitteln verbessern.

Die Versorgungslage mit Arzneimitteln hat sich in den letzten Monaten massiv verschlechtert. Fiebersäfte, Antibiotika, Insulin oder Krebsmedikamente sind zurzeit flächendeckend kaum noch erhältlich oder komplett vergriffen. Patientinnen und Patienten, insbesondere Familien mit Kindern, werden dadurch vor enorme Herausforderungen gestellt.

Der Bundesgesundheitsminister kündigt zur Abhilfe lediglich langfristige Regelungen an. Doch gehandelt werden muss jetzt.

Standpunkt: Wir setzen daher auf einen Beschaffungsgipfel, auf dem alternative Beschaffungen aus dem Ausland, verbesserte Verteilungs- und Austauschmöglichkeiten und ein nationales Frühwarnsystem diskutiert werden. Darüber hinaus fordern wir die Steigerung der europäischen Arzneimittelproduktion oder zumindest eine effektivere europäische Beschaffung sowie eine Erhöhung von Apotheken. Wir müssen auch konstatieren: Eine Ursache für Lieferengpässe ist die Produktionsverlagerung und -konzentration vieler Arzneimittel oder von deren Grundstoffen in asiatische Länder mit der Folge, dass Deutschland seinen Status als „Apotheke der Welt“ schon länger verloren hat. Durch diese Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte ist eine Abhängigkeit entstanden, die wir nun merklich spüren. •

Kampfpanzer für die Ukraine

Der Beginn des verbrecherischen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine jährt sich bald zum ersten Mal. Doch trotz großer Anstrengungen, einem massiven Aufgebot an Menschen und Material und einer Kriegsführung, die ohne Rücksicht auf das internationale Recht bewusst auf Kriegsverbrechen setzt, ist es Russland nicht gelungen, die Ukraine zu unterwerfen. Daran haben westliche Waffenlieferungen einen entscheidenden Anteil. Wenn die Ukraine weiter gegen die russische Aggression bestehen und die besetzten Gebiete befreien soll, benötigt sie weitere Unterstützung in Form wirtschaftlicher, humanitärer und militärischer Hilfen. Der Erfolg der Ukraine liegt im Interesse Deutschlands und Europas.

Standpunkt: Der Bundeskanzler muss jetzt sicherheitspolitische Klarheit schaffen. Dazu gehört auch endlich die Lieferung von Kampfpanzern vom Typ Leopard. Dieser Schritt muss im Verbund mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern geschehen. Doch der Bundeskanzler und die ihn tragende Koalition stehen weiterhin auf der Bremse. Erneut wurde unser Antrag im Auswärtigen Ausschuss und damit zum sechsten Mal (!) in Folge von der Ampelmehrheit von der Tagesordnung genommen – ein unwürdiges Schauspiel, mit Geschäftsordnungstricks eine Debatte zu verhindern.

Für mich ist klar: Nur mit Waffenlieferungen auf hohem Niveau kann die Ukraine sich auch weiterhin gegen die russische Aggression verteidigen. Die Bundesregierung muss nun proaktiv handeln, um den in den letzten Monaten angerichteten außen- und sicherheitspolitischen Flurschaden zu begrenzen. •

Aktuelle Stunde zu den Silvesterkrawallen

Die Krawalle der Silvesternacht haben Deutschland erschüttert. Besonders verwerflich – und in dieser Form bisher nicht dagewesen – waren geplante und systematische Angriffe auf Einsatzkräfte: Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste wurden von den Tätern nicht nur tätlich angegriffen, sondern auch mit Feuerwerk beschossen und systematisch in Hinterhalte gelockt. Ein Schwerpunkt der Ausschreitungen war – wieder einmal – Berlin. Unter den vorläufig Festgenommenen befand sich ein hoher Anteil von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit oder Migrationshintergrund. **Standpunkt:** Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst sind Helfer, die sich für die Menschen in unserem Land einsetzen. Wer sie angreift, greift die ganze Gesellschaft an. Angriffe auf Einsatzkräfte sind deshalb auch ein Ausdruck von fundamental mangelndem Respekt gegenüber dem deutschen Staat und den grundlegenden Regeln des Zusammenlebens in Deutschland.

Wir wollen deshalb einen starken Staat, der die Regeln des Rechtsstaats durchsetzt. Rechtsstaat durchsetzen heißt auch: Endlich Vollzugsdefizite bei Polizei und Justiz angehen. Gerade hier braucht es deutlich mehr Personal und klare Entscheidungen der Justiz, die den vom Gesetz gegebenen Rahmen auch nutzen. Ausstattung und Ausrüstung der Polizei müssen wir verbessern. Auch eine nochmalige Heraufsetzung des Strafrahmens bei Angriffen gegen Einsatzkräfte muss diskutiert werden. Stark muss der Staat auch bei echten Bildungs- und Integrationsangeboten sein. Dazu braucht es eine klare und offene Diskussion, was bei der Integration in manchen Städten schiefgelaufen ist. Wir müssen den Blick nach vorne richten und Lösungen suchen, wie wir diese Probleme in den Griff bekommen. Wir brauchen gute Bildungs- und Integrationsangebote gerade in den Brennpunktvierteln. Das nützt dann allen dort lebenden und ganz überwiegend rechtstreuen Menschen. •

Wahlrechtsreform – überfällig, aber schlecht gemacht

Reden wir nicht um den heißen Brei: Der Deutsche Bundestag ist definitiv zu groß. Es muss gehandelt werden, um wieder auf die Sollgröße von 598 Abgeordneten zu gelangen. Der Entwurf der Ampel sieht jedoch eine deutliche Entwertung der Erststimme vor. So soll sich die Sitzverteilung ausschließlich an der sog.

„Hauptstimme“ orientieren, Überhang- und Ausgleichsmandate werden abgeschafft. Wenn in einem Bundesland mehr Direktmandate anfallen als einer Partei nach dem Hauptstimmenergebnis zustehen, werden diese überhängenden Direktmandate „gekappt“. In den Bundestag ziehen also nur die Direktkandidaten ein, die über eine entsprechende „Hauptstimmendeckung“ verfügen. Direktmandate werden insofern nicht mehr direkt gewonnen, sondern nach dem sog. Hauptstimmenergebnis „zugeteilt“. Somit sind Wahlkreise, deren Wahlkreissieger nicht über die erforderliche „Hauptstimmendeckung“ verfügen, nicht mehr durch einen Wahlkreiskandidaten im Bundestag vertreten. Nach dem Willen der Ampel soll diese Reform bereits zur nächsten Bundestagswahl 2025 greifen.

Standpunkt: Ich bin der Überzeugung, dass ein Wahlgesetz, das einen im Wahlkreis vom Volk direkt gewählten Kandidaten den Einzug in den Deutschen Bundestag verweigert, gegen den Grundsatz der Gleichheit der Wahl, der Unmittelbarkeit der Wahl und das Demokratie-Prinzip verstößt. Dieser Ampel-Entwurf stellt vielmehr einen in der bundesrepublikanischen Geschichte beispiellosen Bruch mit dem System der personalisierten Verhältniswahl dar, das eine flächendeckende Repräsentanz sicherstellt. Mit der faktischen Abstimmung der Erststimme als Bürgerstimme drohen Wahlkreise ohne direkt gewählte Abgeordnete. Hier wird es keine unmittelbare Interessenvertretung für die dortigen

Bürgerinnen und Bürger geben, die Politikverdrossenheit wird angesichts der Wirkungslosigkeit ihrer Stimme für den Direktbewerber zunehmen. Besonders betroffen werden hier Wahlkreise in den Städten sowie den östlichen Bundesländern sein, da hier Wahlkreise mit relativ geringen Stimmenanteilen gewonnen werden.

Wir sind weiterhin zu ernsthaften Gesprächen bereit: So schlagen wir die Reduzierung der Wahlkreise von derzeit 299 auf 270 vor – damit würde auch die Zahl der Überhang- und Ausgleichsmandate deutlich gesenkt. Weiterhin schlagen wir vor, bis zu 15 Ausgleichsmandate nicht auszugleichen sowie die Grundmandatsklausel auf 5 zu gewinnende Wahlkreise zu erhöhen. •

Die gute Nachricht der Woche:

Fund von Seltenen Erden

Die Seltenen Erden gehören zu den maßgeblichen Gruppen von Hochtechnologiemetallen und sind vor allem in dieser Eigenschaft im öffentlichen Fokus. Von der Herstellung von Leuchtstoffen für LED-Lampen bis zum Smartphone – ohne Seltene Erden geht es nicht und sie können für diese Produkte kaum bis gar nicht ersetzt werden. Ein Champion der Seltenen Erdproduktion mit einem Weltmarktanteil von heute etwa 60 Prozent ist China. In Zeiten der dringend erforderlichen Diversifikation kommt daher die Nachricht zu diesem Sensationsfund wie gerufen. Zwar sind zunächst nur bis zu eine Millionen Tonnen Seltener Erden sowie eine lange Zeit bis zum systematischen Abbau. Aber ein wertvoller Anfang. •